

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 3000 Mark für einen Monat ohne die Post- | Erscheinungstage: Mittwoch und Sonnabend
gebühr für Zustellung. Es ist nur Postbezug zulässig | Das einzelne Exemplar kostet 400 Mark, Porto extra

61. Jahrgang

Leipzig, den 22. August 1923

Nummer 77

An die Arbeiterschaft des Buchdruckgewerbes!

Angeblieh infolge der Lohnfestsetzungen für die letzten Wochen hat eine Reihe von Buchdruckprinzipalen ihren Personalen erklärt, daß sie nicht in der Lage seien, ihre Betriebe fortzuführen und deshalb zur Schließung schreiten müßten. Auch haben Bezirksgruppen der gewerblichen Arbeitgebervereinigungen Anweisungen dahingehend erlassen, niedrigere Löhne zu zahlen bzw. die Betriebe einzuschränken oder ganz zu schließen und den Personalen zu kündigen. Diese Maßnahmen verstoßen sowohl gegen die rechtskräftig von den Vertragsorganisationen abgeschlossenen Tarife und Lohnverträge als auch gegen die Demobilmachungsvorschriften. Wo ohne Verkürzung der Arbeitszeit zur Betriebsstilllegung geschritten wird, ist dagegen sofort beim Demobilmachungskommissar auf Grund der Verordnung über Stilllegung von Betrieben vorzugehen. Seitens einzelner Prinzipale wird auch versucht werden, mit den einzelnen Arbeitnehmern oder ganzen Personalen untertarifliche Löhne zu vereinbaren. Das ist abzulehnen und die Arbeit zunächst fortzuführen; niedrigere Löhne sind nur unter Vorbehalt anzunehmen und Lohnklagen beim zuständigen Gewerbegericht anhängig zu machen.

Die Organisationsvorstände

Der Buchdruckertarif rechtsverbindlich

Gerade im rechten Augenblicke, indem in Prinzipals- und Zeitungsverlegerkreisen der allgemeine Reichstarif im Buchdruckgewerbe aus einer zeitlichen Schwierigkeit heraus oder aus andern weniger erkennbaren Gründen mißachtet und durch dezentrale Umgehungen umgangen werden soll, ist unsrer Verbandsleitung eine wichtige Entscheidung zugegangen. Am 17. August traf nämlich vom Präsidenten der Reichsarbeitsverwaltung folgendes Schriftstück ein:

Die nachstehenden tariflichen Vereinbarungen werden für den angegebenen Geltungsbereich gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 in der Fassung des Gesetzes vom 23. Januar 1923 („Reichsgesetzblatt“ S. 67) für allgemein verbindlich erklärt:

1. Vertragsparteien a) auf Arbeitgeberseite: Deutscher Buchdrucker-Verein (E. B.); b) auf Arbeitnehmerseite: I. Verband der Deutschen Buchdrucker, Gutenbergbund; II. Verband der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands, Graphischer Zentralverband.
2. Abgeschlossen am I. 19. Dezember 1922 (Deutscher Buchdruckertarif); II. 22. Dezember 1922 (Reichshilfsarbeitertarif).
3. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: I. In Buch- und Zeitungsdruckereien sowie in Buchdruckereiabteilungen beschäftigte Gehilfen (Seher, Maschinenseher, Korrektoren — soweit sie in Buchdruckereibetrieben ständig beschäftigt sind —, Drucker, Stereotypseure, Galvanoplastiker und Schriftgießer). Die allgemeine Verbindlichkeit gilt für die Gehilfen in der Reichsdruckerei insoweit, als nicht in dem Sondertarifvertrage der Reichsdruckerei vom 12. Juni 1923 besondere Bestimmungen getroffen sind. II. In Buch- und Zeitungsdruckereien sowie in Buchdruckereiabteilungen beschäftigte Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen. Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf die in der Reichsdruckerei beschäftigten Hilfsarbeiter. Die Ausdehnung auf diese bleibt vorbehalten.
4. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gebiet des Deutschen Reiches.

5. Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf die Bestimmungen über das Schlichtungsverfahren und ferner nicht auf die Lehrlingsbestimmungen, soweit durch Handwerkskammern oder Innungen innerhalb ihrer gesetzlichen Befugnisse anderweitige Bestimmungen getroffen sind oder getroffen werden.
6. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit Wirkung vom 1. Mai 1923.

Das Schriftstück trägt das Aktenzeichen VI 125/04 und ist eingetragen am 14. August 1923 auf Blatt 6345 laufende Nummer des Tarifregisters. Es besagt, daß der Manteltarif mit allen seinen Bestimmungen für alle Druckereien rechtsverbindliche Kraft erhalten hat als zentrale Regelung der Arbeitsbedingungen. Für das Lohnabkommen auf der neuen Basis ist die gleiche Anerkennung in Vorbereitung.

Tarifliche Außenleiter kann es, wenn allenthalben gute Kontrolle geübt wird und immer an die weitere Instanz die erforderliche Benachrichtigung erfolgt, also nicht mehr geben. Die Verbindlichkeitsklärung unsres Tarifs muß durch uns selbst lebendig gemacht werden.

Sabotage des Indexlohnes!

Am 18. August früh morgens gab es in der Gehilfenschaft Mitteldeutschlands große Aufregung. Die Zeitungen brachten folgende Notiz:

Rückbildung im Zeitungsgewerbe.
Halle, 17. August. Die Zeitungsverlage von ganz Mitteldeutschland haben beschlossen, wegen des unerfüllbaren Tarifwochenlohnes von 30 Millionen heute allen Buchdruckergesellschaften und die Betriebe zu schließen. Es soll versucht werden, durch einen Regionaltarif diese Krise zu überwinden.

Die Erfahrung lehrt, daß derartige Brandnotizen nicht von ohngefähr kommen. Wer alles dahinter stecken könnte, war noch offene Frage, was bezweckt wird, aber lag schon klarer: die von den Prinzipalen und den Zeitungsverlegern entweder schon überschrittenen oder doch erreichten, zum mindesten aber in allernächster Zeit erlangten Friedenspreise sollen nicht etwa die Konsequenz haben, daß nun auch die Gehilfen, Hilfsarbeiter usw. zu Friedenslöhnen kommen. Wenn man sich auf die derzeitige große, unbestreitbare Zahlungsmittelnot berufen hätte; wenn man erklärt haben würde, die vom Reichstag soeben angenommenen und sofort wirksam werdenden neuen Steuer- notgesetze machten Geldbeschaffung in größerem Umfange sehr schwierig; wenn man ferner betont hätte, die von den Zeitungspapierfabrikanten

für den Monat August vorgenommene Preiserhöhung betrage über das Siebenfache und dennoch würden die Preise als viel zu niedrig bezeichnet, weshalb die Papierlieferung mit allen Schikanen hintertrieben wird; auch wenn man auf die schwierige Lage der Druckereien durch die andern sehr hohen Materialpreise hingewiesen haben würde, worüber die „Zeitschrift“ vom 17. August eine förmliche Preistabelle nach Goldstand brachte — wenn in dieser Weise der alarmierende Schritt einigermaßen plausibel zu machen versucht worden wäre, dann könnte man sorgfamer darüber nachdenken, wie über die zusammenprallenden Schwierigkeiten hinweggekommen werden kann.

Aber davon ist gerade am Ursprungsort der neuen genialen Aktion nichts zu hören gewesen. Man stürzte sich einfach auf das erste Produkt einer christlichen Politik: den am 24. August erst zur Auszahlung gelangenden und dann für die letzte Augustwoche zum Leben bestimmten neuen Indexlohn. Das am 17. August von Halle a. d. S. aus versandte Rundschreiben Nr. 20 des Kreises Mitteldeutschland vom Verleger in Deutschland Zeitungsvorleger trägt nämlich die Stichmarke „katastrophale Lohnentwicklung“ und besagt in der Hauptsache:

Das Lohnabkommen mit den Geffissen, welches eine automatische Anpassung der Löhne an den wöchentlichen Lebenshaltungsindezes vorsieht, hat sich bereits jetzt als völlig undurchführbar und unsinnig erwiesen. Der Spitzenlohn für die Woche vom 17. bis 23. August würde demnach circa 37 Millionen Mark betragen. Es ist ausgeschlossen, daß selbst der größte und bestsubventionierte Zeitungsbetrieb einen solchen Lohn bezahlen kann. Wir haben bereits von einer Reihe großer Betriebe die Mitteilung, daß dem gesamten Personal gestündigt ist. Alle möglichen Schritte sind unternommen, um eine Abänderung dieser Tariflöhne zu veranlassen.

Als dahin empfohlen wird, unverzüglich mit den Betriebsverretungen der einzelnen Betriebe in dem Sinne zu verhandeln, daß entweder das Personal auf einen Teil des Tariflohnes verzichtet, oder die Geltung der Tariflöhne zunächst um eine Woche wenigstens hinausgezögert wird, so daß auch der Lohn für die Woche vom 17. bis 23. August in gleicher Höhe wie der für die vorausgegangene Woche gezahlte Lohn gelten soll. Wir warnen dringend davor, die Betriebe mit übermäßigen, meist nur auf werksföndlicher Grundlage zu erlangenden Krediten zu belasten, weil keine Möglichkeit für das Zeitungswesen besteht, jemals diese Lasten abzutragen.

Es muß mit Bestimmtheit erwartet werden, daß das Personal zu viel Einsicht bezieht, und von selbst die Unmöglichkeit der Durchführung der tariflichen Löhne einsehen. Sollte dies nicht der Fall sein, so muß dem Risiko eines Streiks entgegengetreten werden, weil ohnehin sonst die Betriebe von sich aus gezwungen werden, die Forderung einzuführen und zu schließen.

Völlig undurchführbar und unsinnig ist also nur die Anpassung der Löhne an die amtlich festgestellten Kosten des Lebensunterhaltes; mit Gold- oder Friedenspreisen zu produzieren, ist aber zeitgemäße Notwendigkeit. Was sich darin ausdrückt, ist kapitalistische Amoral. Wohl wissen wir die Schwierigkeiten der mittleren und kleineren Zeitungen zu wildigen, die mannigfachen Art sind, die der mitteldeutsche Zeitungsvorlegerverein leichterfertigerweise aber gar nicht berührt. Soll man danach den Schluß ziehen, daß all das ja nicht so drückend ist, wie es herausgestellt wird? Schwindel ist es, von Halle aus mit einem Kommando (nicht etwa schon gestandenen) Spitzenlohn von 37 Millionen Mark zu operieren. In ganz Mitteldeutschland gibt es nämlich keinen Ort mit 25 Proz. Lokalaufschlag, der erst die Voraussetzung zu dem Spitzenlohn von 36 595 000 M. abgibt. Die meisten Orte liegen in Mitteldeutschland zwischen 7½ und 15 Proz. Die mitteldeutschen Zeitungsvorleger haben also das Signal gegeben, von dem endlich erzielten christlichen Lohn in unserm Gewerbe gleich wieder zu den großen Abständen von Friedenslohn zu kommen, die seither üblich waren. Daß die amtlichen Feststellungen Verdrehungen des Lebensunterhaltes ausweisen, daß die mitteldeutschen Zeitungen — wenigstens in den größeren Orten — höhere Preise haben als in dem viel teureren Sachsen, daß man, wie gezeigt, mit gar nicht für Mitteldeutschland zutreffenden Löhnen der Öffentlichkeit faulen Sauber vormacht, und daß man von den gewährten Rückvergütungen, von den Auswirkungen des Notgesetzes über die Presse und der Kredithilfe des Reiches öffentlich kein Sterbenswörtchen sagt, kennzeichnet das Vorgehen als ganz brutale Lohndrückerei. Wir würden ein milderes Urteil haben, wenn nicht ausschließlich der „unsinnige“ Lohn herhalten müßte. Wenn die mitteldeutschen Zeitungsvorleger einen Streik — Kies: Aussperrung zum Zwecke der Lohndrückerei — glauben riskieren zu können, so würden sie damit eine gar ungünstige Auffassung über die „Notwendigkeit“ der von ihnen herausgegebenen Zeitungen haben. Sie werden es sich aber wohl noch überlegen, denn die nicht von so hülfernen Begriffen geleitete benachbarte Konkurrenz würde sich nur ein ins Käufchen lassen. Allen Kollegentreisen aber, die es angeht, müßten wir dringend raten, nunmehr ihre Ansichten über die Notwendigkeit einer Dezentralisierung des Tarifs gründlich zu revidieren, denn das ist ja die Pflicht der Buchdrucker in Mitteldeutschland. Wir haben oft genug vor diesem Standpunkte gewarnt, nun lassen die bekundeten Absichten der andern Seite gar keinen Zweifel mehr zu, was falsch und was richtig ist. Anstatt endlich einmal die Presse aufzutumpfen zu lassen gegen die Nuhnheiter der sogenannten Geldentwertung, gegen die Preisdiktatur der Großen und der Kleinen und gegen die zum Teil nur künstliche Lebensmittelnot wie auch gegen den großen Zahlungsmittelmangel, der bei den ganz Großen merkwürdigerweise am wenigsten bemerkbar ist, will man die Zeitungen stilllegen als Protest, daß es ausrechnet mit den Buchdruckerlöhnen nicht so weitergehen kann, ansonst das Deutsche Reich zerfallen müßte.

Die ganze Geschichte hat noch ihre politische Seite: es ist Steuerfabrikate und Kampf gegen die mit Sozialisten durchsetzte neue Regierung. Die Eisenindustrie hat mit der Cuno-Regierung ihre besten Kasse fortzunehmen gesehen, nun läßt sie ihre Minen springen. Dazu ist sie in der Lage, weil die großen Geldmachten schon über einen ansehnlichen Mütterbestand verfügen. Wir haben uns ja vor einiger Zeit aus

Anlaß des Artikels von Georg Bernhard über die „Freiheit“ der Presse darüber ausgelassen. Die Zeitungen haben auffallenderweise von den Friedenslöhnen der Hafenarbeiter und in Rheinland-Westfalen von einer Anzahl Arbeitergruppen schon vor Wochen keine Notiz genommen. Die Wertbeständigkeit der Löhne, mit der es nun allgemeiner Ernst werden soll, die für das Buchdruckgewerbe gar durch Hilfe eines Reichsministers so weit herbeigeführt worden ist, wird nun auf einmal zu einer allgemeinen Gefahr. Es ist wirklich ein starkes Stück, wenn man bedenkt, wie bisher die Buchdrucker unter ihrem Friedenslohn gestanden haben: am 6. August 63 Proz., 30. Juli 67 Proz., 23. Juli 57 Proz., 16. Juli 50 Proz., 11. Juli 55 Proz., 4. Juli 40 Proz. usw. Aus Dahlhausen a. d. Ruhr bekamen wir dieser Tage eine drastische Gegenüberstellung: Ein verheirateter Buchdrucker hatte dort in der Woche vom 4. bis 10. August einen Lohn von 3 840 000 M., ein Schlosserlehrling im zweiten Lehrjahre aber bekam ein Rossgeld von 3 408 460 M., im dritten von 4 603 200 M. und im vierten von 5 645 920 M. Dieser skandalöse Zustand ist also nach den Seren derjenigen, die jetzt über die „hohen“ Buchdruckerlöhne Zeter und Mordio schreien. In einem Augenblick, wo wir mit Millionenhecks in der Tasche nur noch ärmer und noch weniger kaufräftig geworden sind!

Aus Mitteldeutschland erfuhren wir noch, daß in Magdeburg bis auf zwei oder drei Firmen alle andern ihren Personalen gekündigt haben. In Naumburg wurde den Geffissen eröffnet, daß die Verleger ihre Aufträge zurückziehen, im übrigen könne die große Belastung absolut nicht getragen werden. Die Geffissenschaft solle durch ihre Zentralinstanzen den Lohnsatz zurückrevidieren lassen, sonst Bekürzarbeiten, Kündigungen und Stilllegungen. In Pöbneck, Rudolstadt, Sildburghausen wurde ähnlich operiert.

In Sachsen sollen die Zeitungsvorleger dem Beispiet der mitteldeutschen folgen wollen; durch regionale Tarife könne die Krisis überwunden werden. Direkte Unterrichtung haben wir nur aus Leipzig. Die Zeitungsvorlage scheinen noch nicht so weit zu sein wie die von Mitteldeutschland. Die „Leipziger Neueste Nachrichten“ aber haben ihren Sonntagsartikel reichlich durchschossen mit Sprüchern gegen die Geffissen-„Millionäre“; ein Maschinenfieber wird da in seiner Tätigkeit mit einem leicht spielenden Automaten verglichen und dafür dann den heidenmäßigen Lohn. An einer andern Stelle wird Über-einkämpfung mit der „Leipziger Volkszeitung“ in Sachen der „Lohnüberpannung“ beklundet. Diese hatte in ihrem Sonntagsheft „Lohn, Preis, Profit“ auch Ansichten mit gebracht, die sich mehr oder weniger deutlich gegen die Löhne der Buchdrucker richteten. Wenn die „L. N.“ gewollt hätten, konnten sie die ihr sonst so konträre „L. V.“ noch mehr ausbeuten in dieser Richtung. Die „Leipziger Volkszeitung“ hüßte sich nämlich bisher berufen, die Buchdruckerlöhne in ihrer Niedrigkeit immer gegen die hohen Indexzahlen, gegen die Großhandelspreise usw. auszuspielen. Noch am 16. August schrieb sie, die Buchdrucker hätten zwar durch den Berliner Streit die Führung in der Höhe der Löhne erreicht, gegenüber der neuen Indexziffer aber wären „heute bereits wieder die Schriftföherlöhne durch die Preisentwicklung in den letzten Tagen weit überholt“. Am Tage darauf aber klingt es ganz anders. Da werden nämlich die neuen Großhandelspreise veröffentlicht und dazu konstatiert, sie hätten den Entwertungsfaktor der Mark bereits wieder überholt. Anschließend kamen die Buchdrucker daran, aber nicht mit ihren Löhnen vom 7. bis 14. August, für welchen Zeitraum die angeführten Großhandelspreise gelten, sondern mit denen, die sie am 24. August zum Leben für die dann folgende Woche erhalten sollen. Die Konstatierung der „L. V.“, die 36 Millionen Mark wären also, „einen Friedenslohn von 35 M. zugrunde gelegt, eine Steigerung (sett:), um mehr als das 1 000 000fache“, ist also ganz falsch und leichtsinnig obendrein. Das 267 000fache war es nur, was die Steigerung bei den Buchdruckern ausmachte. Am Tage darauf war dann festzustellen, daß nicht etwa der „Solinger Mitarbeiter“ da ein Unheil angerichtet hatte, sondern daß man den Buchdruckern sehr gram ist, daß sie zu den von der „L. V.“ immer so stark verlangten wertbeständigen Löhnen gekommen waren. Da die Preismacher über den Friedenspreis hinaussteigen, kann übrigens der reine Friedenslohn nicht einmal mehr als oberste Grenze gelten. Gerade weil die „L. V.“ mit unserm Glend immer förmlich Parade geritten ist, so daß der Buchdrucker auf der Straße sich von allen mit-leidig angesehen fühlen konnte, hätte sie diesen großen Sprung von der Theorie zur Praxis nicht machen dürfen. Zumal sie am 17. August (64 000) kein Wort zu sagen wußte. Diese Preiserhöhung hat aber eine Reihe von wissenschaftlichen Verlegern veranlaßt, von einer Verdrehung der Friedensgoldpreise zu sprechen und die weitere Herstellung von Büchern einzustellen, weil die Werke im Inland wie im Ausland unverkäuflich sein würden. Der „L. V.“ möchten wir empfehlen, sich hoch den Standpunkt der Magdeburger „Volksstimme“ vom 19. August zu eigen zu machen, die zur Krisis im Zeitungsgewerbe schrieb:

Man hier beruft man sich auf den angeblich so hohen Tarif, der im Buchdruckgewerbe festgesetzt wurde. Es ist eine Irreföhrung der Öffentlichkeit, wenn die Zeitungsvorleger als einzige Ursache der Notlage im Zeitungsgewerbe die Geffissenheite anführen. Die Zeitungsvorleger müßten schon mit mindestens derselben Energie, mit der sie sich gegen eine halbwegs auskömmliche Entlohnung der Geffissenschaft wenden, sich gegen den maßlosen Papierwucher wenden, der die wirkliche Ursache der mangelnden Prosperität des Gewerbes darstellt. Diese Ursache kann auch durch keinen „Regionaltarif“ behoben werden, der unter der Drohung der Preissenkung erzwungen werden soll.

In Leipzig selbst hat es auch zahlreiche Maßnahmen gegeben: Bekürzarbeiten und Kündigungen, eine einheitliche Linie a la Halle gibt es

jedoch nicht. Die größeren Betriebe sind nur zum Teil daran beteiligt; bezeichnend ist, daß ein Großbetrieb, der so viel Aufträge hat, daß er eine weitere Schicht einlegen wollte und dazu Personal engagierte, nun auf einmal ebenfalls Kurzarbeit anordnete.

In Berlin hat eine Prinzipalsversammlung erklärt, man sehe keine Möglichkeit, die notwendigen Mittel aufzubringen, zu den nunmehrigen Preisen könnte man keine Aufträge erhalten oder Verlagswerke absetzen. Es müsse daher, „auch aus moralischen Rücksichten gegenüber den Arbeitnehmern“, schon jetzt die Kurzarbeit angeordnet werden oder, wo dadurch ein Ausbleich nicht herbeigeführt werden kann, die Schließung der Betriebe entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen vorbereitet werden. Sehr richtig bemerkt der „Vorwärts“ dazu:

Es ist recht auffällig, daß diese Bestürzung sich erst jetzt geltend macht, nachdem vor einer Woche der Streik durch die neuen Lohnvereinbarungen beigelegt worden ist.

Die Zeitungsverleger treiben ein ganz bedenkliches Spiel. Ihr Organ bringt nämlich in seiner Nummer vom 17. August einen Artikel über die Einführung der Grund- und Schlüsselzahlen im Zeitungsbezug. Da heißt es u. a.:

Der Verein Deutscher Zeitungsverleger wird nun allmonatlich rechtzeitig im „Zeitungsverleger“ den Stand der Papierpreise, der Löhne und Gehälter, des Reichs- und Handelskurses und des Lebenshaltungskurses, die die Basis für die Berechnung der Grundzahlen bilden, bekanntgeben.

Also hier soll alles an Ziffern gelten, was man in deren Auswirkung den Gehilfen jetzt freitig macht. Die Post ist in der Tat schon mit dieser Umstellung der Abonnementsgelder beschäftigt. Und da wagt man, in der Öffentlichkeit ein solches Theater aufzuführen!!

Es kommt aber noch besser, auch bei den Anzeigenpreisen soll die Schlüsselzahl zur Einführung gelangen, ist es teilweise schon. So verfährt die „Magdeburgerische Zeitung“, indem sie je nach der Art der Anzeigen Grundpreise für die zehngespaltene Nonpareillezeile nimmt von 80 Pf. bis 16 M. Der Grundpreis wird dann mit der Schlüsselzahl des Deutschen Buchdrucker-Vereins multipliziert, also im Augenblick mit 64 000. Andre Blätter haben direkt die Goldwertberechnung angenommen. Aber wenn das die Gehilfen so ähnlich verlangen, dann geht die Welt unter — wenigstens nach der Vorstellung gewisser Zeitungsverlegerkreise.

Wie spottete die „Österrische Zeitung“ in G m d e n über den Index: „Vernunft wird Unsinn, und der Unsinn siegt!“ Der Index, „Unsinn“ aber, den auch die mitteldeutschen Zeitungsverleger gegeben sehen, ist für die Hauptorganisation der Zeitungsverleger der Hebel, um das Zeitungsgewerbe zu retten! Herrgott, hat man doch im Zirkus Deutsche Presse gute Spakmacher — das gebräuchlichere englische Wort wollen wir aus Höflichkeit vor vernünftigeren Verlegern und Redakteuren nicht anwenden.

In R e m s c h e i d haben die Prinzipale ebenfalls erklärt, sie könnten diese Löhne nicht bezahlen und müßten zu Einschränkungen schreiben. Eine Zeitungsverlegerkorrespondenz sagt dazu:

Da die Inhaber die Löhne nicht mehr zahlen können, wurden die Gehilfen der öffentlichen Kurzsorge überwiesen, soweit sie nicht durch einlaufende Aufträge beschäftigt sind.

Wir wissen nicht, ob es an dem ist. Wir wissen aber, wie die Ortsgruppe Remscheid des Deutschen Buchdrucker-Vereins seit dem 1. August ihre Preise gestaltet. Wörtlich lautet die Anweisung darüber:

Zahlungsbedingungen: Die Rechnungen sind in Goldmark ausgestellt. 1 Goldmark = 1 Schilling. Zahlung hat in Papiermark zu erfolgen am ... umgerechnet zum amtlichen Berliner Wechselkurs zum Zahlungsvortage. Bei steigender Devisen nach Ablauf des Tages hat der Käufer die Kursdifferenzen zwischen Fälligkeitstags- und Zahlungstag zu tragen. Bei Zahlungsvorzug bleibt bei fallender Devisen für die Zahlung der Kurs des Fälligkeitstages maßgebend. Außerdem kommen alsdann Verzugszinsen und Bankprovisionen zur Anrechnung in der Höhe, wie sie von der Bank jeweils festgesetzt werden. Die Zahlung hat unabhängig vom Eingang der Ware zu erfolgen.

Hat man noch Worte über ein solches Gebaren? Ist das nicht ein unfares Spiel, das man da treibt? Und da soll man von Gehilfenseite noch glauben, die bittere Not zwänge allgemein die Prinzipale dazu, die Gehilfen halb zu beschäftigen, sofort zu kündigen oder gar fristlos auf die Straße zu setzen, wie es in P o s t a m bei der Firma Stein der Fall ist mit 100 Mann? Weniger gravierende Meldungen können des Raumes wegen nicht berücksichtigt werden.

Wie oft hat man bei örtlichen Aktionen oder bei Vorgehen von Einzelpersonalen erklärt, wenn nur die Zentralinstanzen angemessenere Löhne beschließen wollten, man würde sie gerne gewähren, so aber sei man doch auch an die zentral getroffenen Abmachungen gebunden. Jetzt geht es nun auf einmal anders herum, weil die Zentralinstanzen das erfüllt haben, wonach man selbst verlangt hat. Ein Lohn, wofür man 2 oder 3 Pfund Margarine bekommt, die Druckarbeiten aber in Goldmark, das wäre ein idealer Zustand.

Unsre Prinzipale sind meistens auch aus dem Grunde kapital schwach, weil sie sich sehr kräftig in die Schwerte gestürzt haben. Die Regierung soll dann helfen, wenn sie auf diese Weise festgefahren sind. Wenn es notwendig erscheint, kann ja einmal zur Sprache kommen, wie weit diese Spekulation bis jetzt geglückt ist oder auch nicht. Da auch wirklicher Notstand durch alles mögliche Zusammentreffen jetzt nicht zu leugnen ist, müßten wir damit abwarten.

Man weiß es von Kriegsausbruch her — Massenkündigungen — wie kopflos die Prinzipalität werden kann, wenn die Dinge einen andern Lauf nehmen. Direkt nach Kriegsende wurden zentrale Beschlüsse sabotiert: die Prinzipalität mußte aber zurückhaken. Der letzte Aufbruch wird auch einen andern Ausgang nehmen, als die Kopflosen ihn sich denken. Die Gehilfenschaft wird ja mit größerer Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit rechnen müssen, weil nicht die Löhne, sondern die Druckpreise zu hoch sind, sogar weit über die Lohnsteigerung hinaus. Das haben wir schon oft gesagt und nachgewiesen.

Im Augenblick des Annehmens gegen die neuen Löhne trifft das sogar noch mehr zu.

Wir ersuchen deshalb dringend, die Weisungen der Organisationsvorstände allenthalben zu beachten und nicht auch kopfscheu zu werden. Einzelstreiks können jetzt gar nichts nützen, würden vielmehr willkommen geheßen werden. Auch von der Straße aus werden sich die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht regeln lassen. Die Bestimmungen über Kurzarbeit finden unsre Kollegen in Nr. 54 ausführlich, der § 3 des Buchdruckerartikels ist ebenfalls zu beachten. Der Gedanke regionaler Vereinbarungen ist ganz undiskutabel. Die Krisis in unserm Gewerbe kann wohl überwunden werden, auch in andern Berufen brechen schwere Stunden an. Die Mittel und Wege dazu aber sind andre, wie sie bei den jetzigen Sabotageversuchen des Indexlohnes zur Anwendung kommen. Nachdem die Gehilfenschaft so lange unter dem Entbehrungsfaktor zu leiden hatte, ihre Familien im Elend fast verlor, da ist es kein Ruhmesblatt, was man sich jetzt auf Prinzipalsseite leistet. Die Einsichtigen vor die Front!

Wenn man sieht, wie jetzt von Tag zu Tag der Dollar wieder steigt, dann muß doch ein jeder verständige Mensch sich sagen, daß nicht auf dem Lohngebiete der Weg aus der Not gefunden werden kann. Der Reichswirtschaftsminister Becker hat so verkehrt eingesehen wollen. Wir sind aber zum „Havenstein-Rubel“ gekommen. Die schreckliche Währungs-katastrophe durch wider Treu und Glauben verstoßende Tarifdurchbrechungen, durch Herabsetzung der Löhne beheben zu wollen, das ist tatsächlich unsinnig.

Zentrale oder örtliche Lohnverhandlungen?

Satte schon der erstmalige Beschluß der Hamburger Kollegen auf Einführung örtlicher Lohnverhandlungen meine Verwunderung erregt, so veranlaßt mich die neuerdings aufgestellte dahingehende Forderung derselben Kollegenschaft denn doch zu einer Erwiderung.

Ich verstehe vollkommen die Erbitterung über die hinter andern Arbeitergruppen zurückgebliebene Entlohnung der Buchdrucker. Das mag verschiedene Ursachen haben, und darüber ist auch schon genügend geschrieben und gesprochen worden. Diese Frage will ich also hier nicht erörtern. Aber wenn die Hamburger Kollegen glauben, daß diesem Übelstand durch örtliche oder bezirkliche Abmachungen abgeholfen werden könnte, so befinden sie sich meines Erachtens in einem großen Irrtum. Es könnte vielleicht sein, daß für Orte wie Hamburg, Berlin, Leipzig, Dresden usw. einiges herausgeholt werden kann. Es ist aber dabei zu bedenken, daß nicht überall große Tageszeitungen hergestellt werden und nicht überall sind Notendruckereien vorhanden. Wie sollen sich aber die Kollegen in mittleren und kleineren Druckorten bei örtlichen Lohnverhandlungen durchsetzen, wo ihnen infolge des Darniederliegens des Gewerbes und damit verbundener großer Arbeitslosigkeit fast alle Machtmittel fehlen? Bei dieser Sachlage wäre es zum Beispiel unsern Prinzipalen in Ostpreußen vielleicht nicht so schwer, ihre Forderung auf Zulagenabbau in diesen Provinzen durchzusetzen. Ich behaupte, daß für die Gesamtheit der Kollegenschaft die Beseitigung der zentralen Abmachungen ein schwerer Nachteil wäre. Das allgemeine Lohnniveau würde sich — ganz besonders für die Provinz — tiefer senken, als es ist. Beispiele aus andern Berufen mit örtlichen Tarifen wären manche anzuführen.

Nein, auf diese von den Hamburgern vorgeschlagene Weise geht es auf keinen Fall! Man muß sich schon den Blick für das große Ganze bewahren und nicht das eigne Ich über die Gesamtheit stellen wollen.

In unsre Vertreter richte ich deshalb die Bitte, im Interesse der gesamten Kollegenschaft Deutschlands den großen Vorteil der zentralen Lohnregulierung auf keinen Fall aus der Hand zu geben. Ich bin überzeugt, daß sie auch in Zukunft bei den Verhandlungen unter Zugrundelegung der Reichsindexziffer ihre volle Kraft einsehen werden, um die Buchdruckerlöhne mit den Löhnen der übrigen Arbeiterschaft in Gleichstand zu bringen und zu halten.

Dresden. Otto P a t i g.

Anmerkung der Redaktion: Dem Artikelschreiber ist zuzustimmen. Ich von solchem Standpunkte! Die Berliner Kollegenschaft hat bei ihrer jüngsten Bewegung gezeigt, daß sie die Allgemeinheit nicht einen Augenblick aus dem Auge gelassen, ja sie sogar gefördert hat.

Rückgang der Leistungen

Der eintägige Proteststreik der Nürnberger Buchdrucker am 9. Juli gegen die einschneidenden bayerischen Regierungsmassnahmen und Zeitungsverbote läßt Herrn K. N. Klob, Direktor des „Fränkischen Kurier“ und Ehrenvorsitzender des Bayerischen Zeitungsverlegervereins, in Nürnberg nicht mehr zur Ruhe kommen. Die erste Maßnahme gegen das Personal war, daß man nicht mehr nach Leistung, sondern nach Tarif bezahlt. Der Urlaub für nächstes Jahr soll gekürzt werden.

Damit die Komik nicht fehlt, hat man einem Kollegen, der 40 Jahre im Geschäft grau und alt geworden ist, mit großer Freude das Diplom und Vereinstzischen des Industriellenverbandes versprochen. Damit können zwei Vitegen auf einen Schlag erschlagen werden: erstens kostet es nichts, zweitens hat der betreffende Kollege eine „schöne Dekoration“. Aus diesem Grunde hat das Personal beschloffen, den Betrag von 1 bis 15 M., der über Minimum bezahlt wird, den konditionslosen Kollegen zu überweisen, da noch keine Unterstützungskasse für notleidende Prinzipale in Nürnberg besteht.

Beiträge und Unterstüzungen

vom 26. August 1923 (35. Beitragswoche) an

Die weitere Entwicklung auf dem Lohngebiete zwingt, die Beiträge von Woche zu Woche dem Stundenlohn anzupassen und die Unterstüzungen möglichst alle zwei Wochen den neuen Beiträgen anzugleichen.

Der Verbandsbeitrag beträgt in der 35. Beitragswoche (26. August bis 1. September 1923) für Vollmitglieder

700 000 Mark,

für Gewerkschaftsmitglieder 525 000 Mark, für Invalidenkassenmitglieder (nach § 6a der Satzungen) 175 000 Mark, für die

Lehrlingsabteilung 10 000 Mark.

Zu diesen Sähen kommen für Volk- und Gewerkschaftsmitglieder noch die Gau-, Bezirks- und Ortsbeiträge.

Das Eintrittsgeld beträgt für Neueintretende (§ 3 Abs. 1 der Satzungen) 350 000 Mark, für Wiedereintretende (§ 3 Absatz 2 der Satzungen) 700 000 Mark.

Die Unterstüzungen betragen vom gleichen Tage an:

Reiseunterstüzung:
nach 13 bzw. 20 Beiträgen 51 000 M. pro Tag
nach 75 Beiträgen . . . 77 000 M. pro Tag

Ortsunterstüzung:
nach 52 Beiträgen . . . 51 000 M. pro Tag
nach 150 Beiträgen . . . 64 000 M. pro Tag
nach 500 Beiträgen . . . 77 000 M. pro Tag

Gemafregeltenunterstüzung:
nach 52 Beiträgen . . . 155 000 M. pro Tag
nach 150 Beiträgen . . . 190 000 M. pro Tag
nach 500 Beiträgen . . . 220 000 M. pro Tag

Krankenunterstüzung:
nach 26 Beiträgen . . . 51 000 M. pro Tag
nach 250 Beiträgen . . . 64 000 M. pro Tag

Invalidenunterstüzung:
in der niedrigsten Staffel . . . 31 000 M. pro Tag
in der mittleren Staffel . . . 41 000 M. pro Tag
in der höchsten Staffel . . . 51 000 M. pro Tag

Umzugsunterstüzung:
nach 52 Beiträgen eine der Beitragszahl entsprechende Beihilfe,
nach 100 Beiträgen im Mindestfalle 720 000 M.,
nach 200 Beiträgen im Mindestfalle 910 000 M.,
nach 300 Beiträgen im Mindestfalle 1 000 000 M.

nach 500 Beiträgen im Mindestfalle 1 585 000 M.,
bis zum Höchstfalle von . . . 4 300 000 M.

Begräbnisgeld:
nach 52 Beiträgen . . . 1 500 000 M.
nach 100 Beiträgen . . . 3 000 000 M.
nach 250 Beiträgen . . . 4 500 000 M.
nach 500 Beiträgen . . . 6 100 000 M.
nach 750 Beiträgen . . . 7 200 000 M.
nach 1000 Beiträgen . . . 8 275 000 M.
nach 1250 Beiträgen . . . 9 350 000 M.
nach 1500 Beiträgen . . . 10 400 000 M.

In der Bezugsdauer der einzelnen Unterstüzungsbezüge hat sich nichts geändert.

Den aus dem Krankenhaus entlassenen Reisenden (§ 9 der Unterstüzungsbestimmungen) werden für jede dort zugebrachte Woche (Krankheitsdauer unter vier Tagen wird nicht gerechnet) 50 000 Mark gewährt, und zwar bis zur Gesamtdauer von sieben Wochen = 350 000 Mark. Auf laufende Krankunterstüzung haben reisende Mitglieder, die sich in Krankenhäusern befinden, keinen Anspruch.

Den Reisekassenverwaltern wird vom 26. August 1923 an eine Remuneration von 10 000 Mark für die Abfertigung eines Reisenden gewährt.

Berlin, den 18. August 1923.

Der Verbandsvorstand

Verbandsfinanzen und Geldentwertung

Der Währungsverfall zwang unsern Verband, die Beiträge für immer kürzere Zeiträume festzusetzen. Die Leipziger Generalversammlung bestimmte als Beitragsnorm einen durchschnittlichen Stundenlohn. Schon bei dem Inkrafttreten der Leipziger Beschlüsse mußte statt der in Aussicht genommenen quartalsweisen Beitragsfestsetzung zur monatlichen übergegangen werden. In letzter Zeit erwies sich auch diese Zeitpanne zu lang. Es mußten jeweils für die letzten zwei Beitragswochen im Monat besondere Extrabeiträge ausgeschrieben werden. Die weitere Gestaltung der Dinge zwingt nun auch unsern Verband dazu, den andern Verbänden zu folgen und die Beiträge von Woche zu Woche dem Stundenlohn anzupassen.

Die „Holzarbeiter-Zeitung“ brachte am 18. August über die gleiche Frage einen recht lesenswerten Artikel, der nachstehende ebenso interessante wie zutreffende Gegenüberstellung bringt. Sie schreibt:

Der rapide Zusammenbruch der Mark ist eine Folge der falschen Finanzpolitik des Reiches. Das Steuersystem des Reiches ist falsch, denn es berücksichtigt nicht die Geldentwertung. Die nominell hohen Steuern werden von den Besitzenden viel zu spät erhoben und deshalb mit entwertetem Gelde bezahlt. Die Ausgaben des Reiches steigen zum mindesten in dem Maße, wie die Geldentwertung Fortschritte macht, die Steuern werden aber in Beiträgen gezahlt, die vielleicht vor Monaten angemessen gewesen wären, im Augenblick der Zahlung jedoch lächerlich gering sind. Es kommt es, daß die Ausgaben des Reiches nur zu einem geringfügigen Betrag durch die Einnahmen gedeckt werden. Das Reich hilft sich, indem es Banknoten drucken läßt. Durch diese Finanzpolitik verliert es aber immer mehr an Kredit, und das bewirkt, daß das deutsche Geld immer schneller seinen Wert einbüßt. Eine der wichtigsten Maßnahmen, um das Reich vor dem völligen Sturz in das Chaos zu schützen, ist eine gründliche Änderung des Steuersystems nach der Richtung, daß die Steuern in vollwertigem Gelde gezahlt werden.

Unser Organisation ist in gewisser Hinsicht mit einem Staatswesen zu vergleichen. Der Verband hat fortgesetzt für die verschiedensten Zwecke, nicht zum letzten für die Führung der Lohnkämpfe, Ausgaben zu bestreiten. Alle Zahlungen müssen in vollwertigem Gelde geleistet werden. Andere Einnahmen wie die Beiträge seiner Mitglieder stehen dem Verbands nicht zur Verfügung. Die Banknotenpreise in Bewegung sehen, um etwaige Festbeträge zu decken, wie es das Reich tut, kann der Verband nicht. Vermindern sich seine Einnahmen, dann muß er notwendigermaßen seine Ausgaben den verminderten Einnahmen anpassen — zum Schaden der Mitglieder.

Wir machen den Besitzenden mit Recht den Vorwurf, daß sie sich auf Kosten des gleichen ihnen unberechtigten Vorteil verschaffen, indem sie ihre Steuern zu spät und deshalb mit entwertetem Gelde zahlen. Das Verbandsmitglied, das seine Verbandssteuer, seinen Wochenbeitrag verspätet zahlt, handelt aber seinem Verbands gegenüber um kein Haar weniger unmoralisch.

Unser Beitragshebungs- und Verrechnungswesen weicht von dem anderer Verbände erheblich ab. Bei dem Einheitsbeitrag für das ganze Verbandsgebiet können wir das Markensystem entbehren. Dies ist ein

Vorteil, dem aber bezüglich des Verrechnungswesens auch Nachteile gegenüberstehen. Durch die Beitragsfestsetzung von Woche zu Woche werden den Kassenfunktionären, angefangen vom Druckereikassierer, zweifellos ein gut Teil Mehrarbeit aufgeladen. Wir hoffen aber, daß die Erkenntnis von der Notwendigkeit des Schrittes die geplagten Funktionäre veranlassen wird, auch diese Arbeit noch zu leisten.

In den Kreisen der Mitglieder hoffen wir für die Notwendigkeit dieser Maßnahme Verständnis zu finden. Sie wissen ja, daß die Lohnsteigerungen nur ein Ausgleich sind für die gesunkene Kaufkraft des Geldes. Dasselbe trifft selbstredend auch zu auf die Verbandsbeiträge. Die 700 000 M. Beitrag für die 35. Beitragswoche sind nicht mehr wert als die 270 000 M. Beitrag für die vorhergehende Woche. Beides sind ein Stundenlohn. Daraus folgert, daß der Beitrag punktl ich bezahlt werden muß. Wer die 270 000 M. Beitrag der 34. Woche erst in der 35. Woche bezahlt, für welche 700 000 M. festgesetzt sind, schädigt die Verbandskasse und bereichert sich auf Kosten der pünktlichen Beitragszahler. Deshalb muß die Bestimmung der Verbandsabgaben (§ 8 Absatz 5), wonach Reste in der Höhe des zur Zeit der Zahlung geltenden Beitrages zu begleichen sind, auf jeden Fall angewandt werden.

Die einkassierten Beiträge vor Wertminderung zu schützen, ist Aufgabe der Kassierer. Dazu ist nötig, daß der Druckereikassierer die einkassierten Gelder sofort weiterleitet. Das vorstehend gewählte Beispiel zeigt, wie groß die Entwertung des Geldes von einer Woche zur andern war. Was in der 34. Beitragswoche für 270 000 M. gekauft werden konnte, kostet in der darauffolgenden Woche 700 000 M.! Das wurde bisher leider zu wenig beachtet. Aber auch alle andern Kassenstellen des Verbandes haben in der heutigen Zeit die unbedingte Verpflichtung, die nach Auszahlung der Unterstüzungen verbleibenden Beträge a l l w ö c h e n t l i c h weiterzuleiten. Sie dürfen auch nicht einen Tag liegen bleiben, auch nicht auf der Bank oder Sparkasse gegen lächerlich geringe Zinsen. Damit macht ja doch nur die Bank ein Geschäft, indem sie lediglich den eingeleiteten Betrag zurückgibt, der aber an Wert bedeutend eingebüßt hat. Den Verlust trägt die Organisation, ihre Kraft wird dadurch geschwächt.

Die einzige Möglichkeit, die Organisationsmittel vor Entwertung zu schützen, besteht in der unverzüglichen Zulassung der Überschüsse an die Verbandskasse. Diese ist in der Lage, Überschüsse w e r t b e s t ä n d i g anzulegen durch Benutzung der Einrichtungen, die sich die Gewerkschaften in dieser Beziehung geschaffen haben.

Ein Stundenlohn als Beitrag ist das mindeste, was der Verband zur Erfüllung seiner Aufgaben braucht. In der Vorkriegszeit betrug der Beitrag zwei Stundenlöhne. Auf diese Einnahmen sind unsere Verbandsabteilungen zum größten Teil heute noch eingestellt. Andre Gewerkschaften haben ihren Vorkriegsbeitrag, der auch damals in der Regel einen Stundenlohn betrug, heute schon wieder. Wird bei uns die Hälfte der Vorkriegseinnahme durch ungenügendes Funktionieren des Verwaltungsapparates auch weiterhin der Geldentwertung ausgesetzt, so würde die Erhöhung der Beiträge über den Stundenlohn hinaus die unausbleibliche Folge sein. Deshalb müssen überall, wo es not tut, die Voraussetzungen geschaffen werden, um die aufkommenden Gelder a l l w ö c h e n t l i c h der Verbandskasse zuzuleiten.

Die Unterstüzungen werden voraussichtlich alle zwei Wochen den höheren Beiträgen angepaßt werden können. Die seit Anwendung der Leipziger Beschlüsse gemachten Erfahrungen müssen hierbei berücksichtigt werden. Die Unterstüzungen sofort den Beiträgen folgen zu lassen, hat sich als undurchführbar erwiesen. Im Interesse der Mitglieder, welche Unterstüzungen beziehen müssen, glaubte der Verbandsvorstand im Juli von dem bis dahin befolgten Grundsatz abgehen zu sollen, wonach die Unterstüzungen nach der Beitragshöhe des Vormonats zu bemessen sei. Das hat sich als ein Fehler erwiesen, dessen Folgen durch den katastrophalen Marksturz in den folgenden Wochen noch erheblich verschärft wurde. Alle diese Erfahrungen müssen beachtet werden, soll nicht das ganze Unterstüzungswesen und noch mehr in Gefahr kommen.

Bei Festsetzung des Bezugspreises für den „Korrespondent“ wird in der Folgezeit mehr als bisher der Geldentwertung Rechnung getragen werden müssen. Vor dem Kriege kostete unser „Korr.“ 22 Pf. monatlich. Würden wir diesen Betrag mit der Steigerung unseres Lohnes von damals auf heute vervielfachen, so müßte er jetzt 220 000 M. kosten. Für den Monat September ist jedoch der Bezugspreis auf nur 20 000 M. festgesetzt worden — und darauf zahlt der Verband seinen Mitgliedern noch die Hälfte zurück!

Immer wieder kann man die Beobachtung machen, daß den Wirtschaftstragen der Organisation nur eine recht oberflächliche Beurteilung zuteil wird. Ein großes Gemeinwesen, wie es unser Verband ist, kann aber seine Aufgaben nur dann erfüllen, wenn sein Wirtschaftstrag in Ordnung ist und reibungslos funktioniert. Um das zu ermöglichen, muß das, was verbesserungsbedürftig ist, aufgezeigt, müssen die Mängel abgestellt werden. Hoffentlich werden die gegebenen Winke von allen Beteiligten verstanden und beherzigt!
Bs.

Verbandsbeitrag (einschl. Extrabeitrag) in der 34. Beitragswoche (vom 19. bis 25. 8. 1923). Dazu kommen noch die Gau-, Bezirks- und Ortsbeiträge. Aber Berechnung und Einnahmestriche die Bekanntmachung in den 71, 72, 73 und 75 des „Korrespondent“.

270 000 M.

Korrespondenzen

Hämersleben. Einen harten Kampf führt die graphische Arbeiterschaft bei der hiesigen Großfirma H. C. Westhorn. Diese Firma, die noch nie tariffreundlich gewesen und die erst im Vorjahre durch eine dreieinhalbwöchige Ausperrung der Gehilfen vom Tarifamt zur Anerkennung des Tarifs auch für die Hilfsarbeiter gezwungen wurde, hat es immer als lästiges Übel empfunden, nicht mehr Herr im eignen Hause zu sein und die Löhne nach eignen Gutdünken zu bemessen. Dem neu abgeschlossenen Hilfsarbeitertarif wurde die schriftliche Anerkennung einfach verweigert, um sich nicht zu binden und um für die Zukunft leichteres Spiel zu haben. Was voraussehen war, trat ein. Als am 23. Juni eine Steuerungszulage von 90 Proz. beschlossen wurde, die ja auch für Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen galt, zahlte die Firma für die Arbeiterinnen nur 50 Proz. aus, also 40 Proz. weniger als die Steuerungszulage vorsah. Die Hilfsarbeiterinnen konnten diesen Lohn nicht anerkennen und wurden durch ihren Vertrauensmann vorstellig. Nachdem die Verhandlungen mit der Firma ergebnislos verlaufen, sah man sich gezwungen, den Schlichtungsausschuß anzurufen. Dieser fällt sonderbarerweise einen Spruch, wonach den Arbeiterinnen 15 Proz. mehr zu zahlen seien. Damit blieben die Arbeiterinnen immer noch 25 Proz. unter der Steuerungszulage. Für eine derartige Lohnregulierung zeigte die Hilfsarbeiterschaft kein Verständnis und lehnte den Spruch ab. Weiteres Vortelligwerden blieb ohne Erfolg, so daß das gesamte Hilfspersonal der Buch- und Stein-druckerei mit ausdrücklicher Genehmigung ihres Zentralvorstandes am 18. Juli die Arbeit niederlegte. Einige Stunden später lagen 63 unserer Kollegen auf dem Straßenpflaster. Rücksichtslos wurden selbst solche Kollegen ausgesperrt, die mehr als 25 Jahre der Firma treu gedient haben. Verschiedene Verhandlungen um Beilegung des Konflikts blieben gänzlich erfolglos. Fünf Wochen sind nun ins Land gegangen, statt einer Besserung hat sich die Lage in dem Augenblick verschlechtert, als die Verbindlichkeitserklärung des Reichstarfs den Herren Kommerzienräten zu Ohren kam. Jetzt sind nun sämtliche im Betriebe noch tätig Gewesenen ausgesperrt. Die Firma gab bekannt, daß sie aufgehört hat, zu existieren. Ein Eingriff in die Verhältnisse muß nun von Regierungsseite aus geschehen. Unsere ausgesperrten Kollegen haben natürlich unter der unverkündeten Steuerung in den fünf Wochen schwer gelitten, und sie verdienen es sicherlich, in ihrem schweren Kampfe weitgehend unterstützt zu werden.

Berlin. (Funktionärversammlung der Buchdrucker und Hilfsarbeiter am 11. August.) Eine am 8. August einberufene Versammlung der Buchdrucker und Hilfsarbeiter nahm Stellung zu dem von den Zentralinstanzen für die Wochen vom 4. bis 17. August gefälligen Lohnabkommen, wonach in der Woche vom 4. bis 10. August der Spitzenlohn um 800 000 M. auf 3 200 000 M. erhöht wurde, und der Spitzenlohn für die Woche vom 11. bis 17. August von einer Kommission auf der Grundlage von 3 200 000 M. zuzüglich der im Reichsindex vom 6. August gegen die Vorwoche nachgewiesenen Teuerung erhöht werden sollte. Dieses Abkommen wurde trotz Empfehlung durch die Kollegen Braun und Kraus verworfen und folgender Antrag mit übergroßer Mehrheit angenommen: „Die Funktionärversammlung lehnt das Angebot des Reichsarbeitsministers als viel zu gering ab und fordert als Abgeltung für die laufende Woche 150 Proz. zum bestehenden Lohn. Von der neuen Lohnwoche sind 20 M. Goldlohn pro Woche zu bezahlen. Um dieser Forderung den gebührenden Nachdruck bei der Regierung sowie unsern Unternehmern zu verleihen, treten bei Nichtbewilligung derselben die Buchdrucker und graphischen Hilfsarbeiter in den Streik. Beginn Freitag früh 7 Uhr. Die Arbeiter- und Gewerkschaftspresse hat zu erscheinen. Aber die technische Durchführung des Streiks entscheidet die heute zu wählende Streikleitung, welche aus fünfzehn Kollegen besteht.“ Nach Annahme dieses Antrages wurde beschlossen, am 9. August vormittags in den Betrieben eine Urabstimmung vorzunehmen, wonach die Kollegen sich für den Streik oder für Annahme des Abkommens zu entscheiden hatte. Ferner wählte die Versammlung eine aus fünfzehn Personen bestehende Streikleitung, der die Urabstimmung und alle weiteren tatsächlichen und erforderlichen Maßnahmen übertragen wurden. Die Urabstimmung ergab folgendes Resultat: Von den 13 647 beschäftigten Mitgliefern des Vereines Berliner Buchdrucker haben sich 9091 Mitglieder an der Abstimmung beteiligt. Davon stimmten 6628 für Streik, 2319 dagegen; 144 Stimmen waren ungültig. Von den Buchdruckerhilfsarbeitern beteiligten sich an der Urabstimmung 7709, wovon 7073 für den Streik und 609 für Arbeit stimmten, während 27 Stimmen ungültig waren. Insgesamt wurden also von den 16 800 Abstimmenden 13 701 Stimmen für den Streik abgegeben. In der hierauf von der Streikleitung am 11. August vormittags einberufenen überfüllten Funktionärversammlung berichtete Kollege Dörband über das Verhandlungsergebnis. Die am 8. August aufgestellten Forderungen sind den Prinzipalen eingereicht, von diesen aber als völlig undisputabel abgelehnt worden. Die Streikleitung führte dann Verhandlungen mit dem ADGB und mit Vertretern der Reichstagsfraktion, die aber ebenfalls ergebnislos verliefen. Am 10. August früh 7 Uhr setzte beschlußgemäß der Generalkonferenz unserer Kollegen in vollem Umfange in den Betrieben ein, an dem sich diesmal auch die Reichsdruckerei beteiligte. Die Arbeiter- und Gewerkschaftspresse durfte nach vorausgegangenem Informations durch die Streikleitung erscheinen. Leider hat sich die „Rote Fahne“ auch diesmal wieder an die getroffenen Abmachungen nicht gehalten und am 10. August neben ihrer täglichen Ausgabe noch eine Extraausgabe herausgebracht. In den nunmehr wiederum vom Reichsarbeitsminister eingeleiteten Verhandlungen in der Reichs-

druckerei machte dieser das Angebot, den Spitzenlohn für die Woche vom 4. bis 10. August um 1 500 000 M. zu erhöhen. Für die folgenden Wochen sollte das Lohnsystem auf der Grundlage des Zentralabkommens weiter ausgebaut werden; gleichzeitig wurde vom Reichsarbeitsminister die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit in der Reichsdruckerei verlangt. Dieses Angebot wurde von der Streikleitung abgelehnt. Während der Rede des Kollegen Dörband verlangte ein Demonstrationszug unserer arbeitslosen Kollegen gebieterisch Eintritt in den Saal, und der Sprecher der Arbeitslosen, Kollege Nicksch, versuchte sich mit Gewalt Gehör zu verschaffen. Die Streikleitung, unter erregter Zustimmung der Funktionärversammlung, lehnte die Teilnahme der Arbeitslosen ab und verhinderte Nicksch am Sprechen, worauf die Arbeitslosen die Kontrolle überrannten und gewaltsam in den Saal eindringen. Infolge des hierdurch entstandenen Tumultes war ein ordnungsmäßiger Verlauf der Versammlung unmöglich, und der Vorsitzende Keller verlegte dieselbe um eine Stunde und räumte den Saal. Nach der Wiedereröffnung der Versammlung teilte Kollege Keller die Unannehmlichkeiten mit, die die Streikleitung schon bei den Verhandlungen in der Reichsdruckerei mit dem Vertreter der Arbeitslosen, Kollegen Bars, gehabt hatte. Die Arbeitslosen verlangten Sitz und Stimme in der Streikleitung, was von der Funktionärversammlung am Mittwoch bereits abgelehnt wurde. Die Streikleitung empfahl aber der Versammlung, eine Kommission der Arbeitslosen zur Vortragung ihrer Wünsche zuzulassen, womit sich die Funktionärversammlung einverstanden erklärte. Kollege Dörband gab hierauf das Verhandlungsergebnis bekannt, wonach der Spitzenlohn für die Woche vom 4. bis 10. August auf 5 Millionen festgesetzt wurde. Die Forderung von 20 M. Goldlohn pro Woche wurde fall'n gelassen. Für die kommende Woche wird der Reichsindex in Höhe von 109,2 Proz. und außerdem ein Ausgleichsindex von 40 Proz. hinzugezogen. Für die kommenden Wochen wird dieser Ausgleichsindex wöchentlich vom Reichsarbeitsminister festgesetzt und soll zwischen 30 und 40 Proz. betragen. Gleichzeitig wurde der Prozentsatz der weiblichen Hilfsarbeiter um 10 Proz., von 65 auf 75 Proz., erhöht. Dieses Ergebnis ist für Berlin absolut und gilt auch für die in Buchdruckereien beschäftigten Buchbinder. Für das Reich waren zu gleicher Zeit weitere Verhandlungen der Zentralinstanzen im Gange. Sei mit diesem Ergebnis die aufgestellte Forderung auch nicht voll erfüllt, so sei sie doch aber annähernd erreicht. Aus diesem Grunde habe die Streikleitung gegen drei Stimmen dem Ergebnis zugestimmt, und Redner ersuchte die Funktionärversammlung, ebenfalls dieses Abkommen anzunehmen und die Arbeit, wo es möglich ist, sofort wieder aufzunehmen. Kollege Leder verlas drei Resolutionen, davon zwei für Fortsetzung des Streiks und eine für Annahme des Abkommens. Kollege Schuka teilte mit, daß die „Deutsche Zeitung“ während des Streiks erschienen ist und von zwei Streikbrechern und Bändlern hergestellt wurde. Kollege Fiedler wies darauf hin, wenn in der Urabstimmung auch ein Teil der Kollegen sich gegen den Streik gestimmt hat, so sei man dabei von ganz verschiedenen Voraussetzungen ausgegangen. Ein anderer Teil wiederum, der für den Streik gestimmt hat, habe sich von gewissen politischen Erwägungen leiten lassen. Die letzte Funktionärversammlung habe aber im Schlußwort dem Kollegen Braun zugestimmt, daß unser Kampf ein rein gewerkschaftlicher ist, und von diesem Standpunkt aus sei das Ergebnis auch zu betrachten. Wir Buchdrucker und Hilfsarbeiter können in der augenblicklichen Situation nicht die Quantität für einen politischen Kampf sein. Das in der Resolution Wetschorek ausgesprochene Mißtrauen gegen die Streikleitung sei unberechtigt, ein Weiterverhandeln sei aussichtslos, man solle sagen, welcher Weg noch offen steht. Die Forderung nach Goldlöhnung sei verfrüht, das übrige sei annähernd erreicht durch Anwendung des letzten Mittels. Jetzt sei es Pflicht der Kollegen, so geschlossen wie der Kampf aufgenommen wurde, ihn auch wieder abzubauen und mit dem Gelächris unerschütterlicher Treue zur Organisation der kommenden Entwicklung entgegenzusehen. Redner empfahl eine in diesem Sinne gehaltene Resolution. Kollege Keller erklärte, daß das sofortige Arbeiten in der Reichsdruckerei aus taktischen Erwägungen heraus von der Streikleitung gestattet wurde. Kollege Wetschorek machte der Streikleitung den Vorwurf, daß die Bewegung nicht so geführt wurde, wie es nötig war. Mit dem Ergebnis würden wir genau so wie vorige Woche. Wir hätten jetzt einen Stundenlohn von 104 000 M. erreicht, wo die Metallarbeiter zur selben Zeit einen solchen von 204 000 M. hätten. (Zuruf: „Das stimmt ja nicht, die Metallarbeiter bekommen diesen Lohn immer erst in der darauffolgenden Woche!“) Unsere aufgestellte Forderung muß aufrecht erhalten und wird nur erfüllt werden, wenn der ADGB und die sozialistischen Parteien für Beilegung der Regierung in den Kampf treten. Zur Erreichung dieses Zieles müssen wir mit der übrigen Arbeiterschaft zusammengehen und den Kampf gemeinsam führen. Vor allem müsse die Reichsdruckerei sofort wieder in den Streik treten. Redner befürwortete folgende Resolution: „Die am 11. August im Gewerkschaftshaus tagende Funktionärversammlung der Buchdrucker und Hilfsarbeiter muß feststellen, daß die am 8. August in der ‚Brotbrauerei‘ aufgestellten Mindestforderungen nicht erreicht worden sind. Die Forderung nach Goldlohn brachte ganz klar zum Ausdruck, daß eine unbedingte Störung gegen die Entwertung des Lohnes geschaffen werden muß. Diese Störung ist nicht erreicht worden. Sie kann nur erreicht werden im Zusammenhange mit einer Sanierung des Wirtschaftslebens auf Kosten der Bestehenden. Dafür müssen die notwendigen politischen Voraussetzungen geschaffen werden, indem die Cuno-Reaktion beseitigt wird, die den Marktzins in dem heutigen Maßstabe verschuldet hat. Die Versammlung beschließt die

Fortsetzung des Streiks zur Erreichung der ursprünglichen Forderungen und die sofortige Fühlungnahme mit der übrigen kämpfenden Arbeiterschaft. Kollege Höpner trat für Fortsetzung des Streiks ein, obwohl auch er erklärte, seinen Weg weisen zu können, wie das Ziel erreicht werden könne. (Seiterkeit.) Kollege Geil bewies dem Kollegen Wetschorek, in welchem Irrtum letzterer sich in seinem Veraleich zwischen uns und den Metallarbeitern befindet. Das Abkommen sei anzunehmen; da es annähernd das bringt, was wir gefordert haben. Der geschlossenen geführte Kampf dürfe jetzt nicht auf politisches Gebiet übergeführt und müsse ebenso geschlossen wieder beendet werden. In seinem Schlusswort widerlegte Kollege Dörband die einzelnen Diskussionsredner und empfahl nochmals die Annahme des Abkommens, da mehr nicht zu erreichen war. Auf eine Anfrage des Kollegen Mahlo, wie es mit der Bezahlung der Streiktagelöhne steht, erwiderte Kollege Keller, daß die Prinzipale dies ablehnten. Der Reichsarbeitsminister erklärte sich aber bereit, wenn die Streikleitung auf unbefristete Bezahlung der Streiktagelöhne bestünde, diese, um die Vereinbarung hieran nicht scheitern zu lassen, aus Mitteln der Reichsregierung zu bestreiten. Da indirekt wir als Steuerzahler diese Mittel wieder aufzubringen hätten, wurde dieses Angebot des Reichsarbeitsministers abgelehnt, und die Streiktagelöhne werden nicht bezahlt. In der hierauf durch Sammelsprung vorgenommenen Abstimmung über die weitestgehende Resolution Wetschorek, die sich für Fortsetzung des Streiks aussprach, wurden 630 Stimmen für und 691 Stimmen gegen abgegeben. Nach kurzer Beratung mit den beiden Organisationsvorständen erklärte Kollege Keller den Streik für beendet und das Abkommen für angenommen. Angesichts der großen Minorität wurde auch von einer Urabstimmung Abstand genommen und der Kollegenschaft die sofortige Aufnahme der Arbeit empfohlen.

Freiburg i. B. Zur Karlsruher Resolution in Nr. 73 des „Korr.“ haben wir zu erklären, daß der Antrag Karlsruhe auf „Verlegung des Bורות“, der selbst nicht alle Stimmen der Delegierten des Bezirks Karlsruhe auf sich vereinigte, mit großer Majorität abgelehnt wurde; es steht also nach wie vor fest, daß dem Gau tag keine Gründe zu einer Verlegung vorliegen. Im übrigen haben wir tatsächlich Wichtigeres zu tun und müssen uns versagen, jetzt auf die in der Resolution enthaltenen Irrtümer näher einzugehen; wir behalten uns dies für eine gelegener Zeit vor.

Der Gauvorstand.

Den Alten zur Ehr, den Jungen zur Lehr!

(50jährige Verbandsjubiläum)

Seherinvalide Joseph Schmitt in Oberweissenbrunn, Post Bischofsheim v. d. Rhön.

Allgemeine Rundschau

Albert Massini tot! So hat der unerbittliche Feind des Lebens auch Albert Massini zu Boden geworfen und aus den Mitgliederlisten unseres Verbandes einen Namen gelöscht, der einen guten Klang hatte und immerdar behalten wird. Weit über seinen engeren Wirkungskreis, den Gau Berlin, hinaus war Kollege Massini als tapferer, entschlossener Vertreter seiner Überzeugung, als energischer Verfechter der Interessen der Gehilfenschaft bekannt. Ein Menschenalter hindurch hat er an der Spitze des Berliner Gaus gestanden. Als Kollege Massini im Jahre 1894 das Amt des Gauvorsitzers übernahm, galt es vor allen Dingen, die überall sichtbaren Folgen des verlorenen Neunstundenkampfes zu überwinden. Etwa 3000 Verbandsmitglieder standen nahezu ebensoviel Nichtmitglieder gegenüber. Eine ungezügelter Lehrlingswirtschaft war eingegriffen und eine schlimme Auerstundenwirtschaft war im Schwunge, trotz riesiger Arbeitslosigkeit. Hierin Wandel zu schaffen und die um sich greifende Mutlosigkeit weiter Kollegenkreise zu beseitigen, war Kollege Massini der rechte Mann am rechten Platze. Sein reiches organisatorisches Wirken können wir in diesem Augenblicke im einzelnen nicht schildern. Zusammenfassend nur soll gesagt werden, daß all das, was Albert Massini für den Gau Berlin und damit zugleich für den Verband der Deutschen Buchdrucker geleistet hat, unvergesslich bleiben wird. Er war ein Arbeiterführer, wie er sein muß, der von der Pike auf gedient hatte, der die Not der Arbeiterklasse am eignen Leibe kennen gelernt und der aus innerem Drange eine bessere Zukunft des werktätigen Volkes ersahnte und erkämpfte. Die Kunst der Rede war ihm in hohem Maße eigen. Das Höchste und das Tiefste, was Gemüt und Geist bewegt, was die Menschenseele begeistert und veredelt, das wußte er mit dem lebendigen Wort aus dem eigenen Innenleben auf die Seelen der Hörer zu übertragen. Wohl alle Berliner Kollegen kannten den „Barden“ persönlich, der es nie verschmähte, auch in freundschaftlicher Geselligkeit mit ihnen zu verkehren. Albert Massini verkörperte gleichsam die Berliner Kollegenschaft, in deren Dienst er fast drei Jahrzehnte hindurch sein Wissen und Können gestellt hat. Der wohlverdienten Ruhe zu pflegen nach seiner Pensionierung ist ihm kaum ein Jahr vergönnt gewesen. Nun hat der Tod den Achtundsechzigjährigen herausgerissen aus dem Kreise seiner Familie, seiner Freunde und Kollegen. Trauernd stehen diese, steht die Kollegenschaft ganz Deutschlands an der Bahre eines ihrer Besten. Nicht würdiger können wir unsern toten Kameraden ehren, als wenn wir in seinem Geiste in unablässiger Organisationsarbeit dem Ver-

band der Deutschen Buchdrucker treu und redlich dienen in bösen und guten Tagen, damit der Sieg unser sei, heute und morgen und allezeit!

Albert Massini †. In wenigen Tagen ein zweiter schwerer Verlust für die Gehilfenschaft; nach Gieseke — Massini! Noch am 17. August sprach ich den schwerkranken Kameraden, der ans Sterben nicht glauben wollte, und schon die Nacht darauf erfolgte seine Abberufung ins Jenseits. Den Strauß Blumen, den ich am Sonntag (19. August) dem unbewußt mit dem Tode ringenden Kameraden bringen wollte, mußte ich dem Toten in die Hand fügen! Mit tiefem Schmerz habe ich Abschied genommen von einem Manne, mit dem ich ein Lebensalter hindurch in gemeinsamer Arbeit zusammengekommen oder in sachlichem Streit in ritterlicher Kameradschaft die Klingen kreuzen durfte — treue Kameraden sind wir trotz allem bis ans Ende geblieben! Auf treue Kameradschaft mit seiner Kollegenschaft war auch des Verstorbenen Sinn zu jeder Stunde gestimmt, und er wie kaum ein zweiter ist ein Kämpfer für die gerechte Sache der Gehilfenschaft gewesen und bis zum letzten Atemzuge geblieben! Noch am Freitag sprach ich mit ihm über die Zeichen des Sturmes, die über unser Gewerbe zur Zeit dahin zu brausen sich anschiden, und so wie früher in gesunden Tagen war das Herz des nun Verstorbenen bei seinen Kollegen und ihrem möglichen Schicksal. Nun ist er aller Sorge für sie entbunden! Still ruht der Sängere... Eine heruenerere Feder mag seinen Nachruf schreiben — mir war es lediglich ein Bedürfnis, die Trauerbotschaft so schnell als möglich in die Lande zu leiten — auch Massini ist nicht mehr! —.

Nachahmenswerte Beispiele. Die Firma F. E. Haag in Meile i. S. brachte vor kurzem erneut einen Betrag von 30 Millionen Mark als sogenante „Nothilfe“ an ihr Personal zur Verteilung.

Die Arbeitsmarktlage des Buchdruckergewerbes im Juli. Die Arbeitslosenstatistik unseres Verbandes über den Monat Juli erstreckte sich auf 200 Zahlstellen. 35 Zahlstellen mit 6819 Mitgliedern sandten keine Berichte an die Hauptverwaltung ein. Die Gesamtmitgliederszahl betrug 70 000. Die Zahl der arbeitslosen Mitglieder am Orte und auf der Reise belief sich in den letzten Woche des Berichtsmonats auf 5072. Verkürzt arbeiteten:

Bis zu 8 Stunden	102 Betriebe	1780 Gehilfen
9 bis 16 Stunden	145 Betriebe	2737 Gehilfen
17 bis 24 Stunden	255 Betriebe	3012 Gehilfen
25 und mehr Stunden	65 Betriebe	689 Gehilfen

Insgesamt 567 Betriebe 8218 Gehilfen

Buchdrucker-Esperantisten. Am 14. August fand in Kassel anlässlich des Weltkongresses des „Sennacieca Asocio Tutmonda“ (Nationaler Weltbund) eine Sitzung der Buchdrucker-Esperantisten statt, an der trotz der schwierigen finanziellen Verhältnisse und der Pflanzwierigkeiten 224 Genossen aus 13 verschiedenen Nationen teilnahmen. Die Berichte der einzelnen Kollegen zeigten, daß die Buchdrucker mehr und mehr die Notwendigkeit und die Vorteile der Weltlingsprache erkennen und schätzen lernen als internationales Verständigungsmittel und Werbemittel und sich immer mehr dem Studium des Esperanto widmen. Eingehend beschäftigte man sich mit der Einführung eines Informationsdienstes, um so die internationalen Beziehungen der Buchdruckerorganisationen zueinander zu erleichtern, und jeder Kollege wurde er sucht, wenn die Organisation an ihn herantritt, sich zur Verfügung zu stellen. Mit Bearbeitung dieses Ressorts wurde für Deutschland Kollege v. d. Heid (Leipzig) beauftragt. Von den übrigen behandelten Fragen wären vor allem noch die geplanten Fernkurse zu erwähnen. Es wurde beschlossen, verschiedene Kollegen mit der Durchführung und der Leitung dieser Fernkurse für die einzelnen Gaus zu beauftragen und die betreffenden Adressen der Kollegen in einer Anzeige im „Korr.“ bekannt zu geben. Die Sitzung war eine arbeitsreiche und wird hoffentlich auch ihre Früchte tragen im Interesse der Buchdrucker wie im Interesse der allgemeinen Arbeiterbewegung, im Interesse der internationalen Völkerverbrüderung und des Weltfriedens. Die in Kassel zusammengekommenen Buchdrucker-Esperantisten drückten die Hoffnung aus, daß die Kollegen recht regen Anteil an den Fernkursen und somit an der idealen Kulturbewegung selbst nehmen. Eine Anzeige betreffend Fernkurse wird noch im Laufe dieses Monats erscheinen.

Die Münchner Buchdrucker für die Wahrung der Pressefreiheit. Zu den unter dieser Stichmarke auf Grund von Meldungen in der Tagespresse gebrachten Notiz wird uns aus München mitgeteilt, daß die dortigen bürgerlichen Zeitungen am 13. August nicht ausgefallen, sondern wie gewöhnlich erschienen sind.

Der Arbeitsmarkt in Deutschland im Juni 1923. Im allgemeinen hat sich die Lage des Arbeitsmarktes, dem „Reichsarbeitsblatt“ zufolge, etwas gebessert, sie bleibt aber immerhin noch sehr unbefriedigend. Die Frankfurter, von denen 5246 Rassen (im Vormonat 5374) berichteten, hatten eine Zunahme der Pflanzversicherten O. h. Beschäftigten um 177 838 zu verzeichnen, und zwar von 12 632 997 am 1. Juni auf 12 810 835 am 1. Juli. Die Meldungen der Arbeitsnachweise deuteten auf eine weitere leichte Besehung auf dem Arbeitsmarkte für männliche Arbeitskräfte hin, während sich die Lage für weibliche Kräfte etwas verschlechterte. Die Zahl der offenen Stellen hob sich von 508 090 im Mai auf 510 238 im Juni, während die Zahl der Arbeitslosigkeiten um 56 727 oder 5 Proz. zurückging. Es wurden 305 968 Stellen besetzt (im Vormonat 361 170). Die Zahl der aus öffentlichen Mitteln unterstützten Erwerbslosen hob einen weiteren Rückgang erkennen. Insgesamt wurden am 15. Juli gerührt

164 839 Hauptunterstützungsempfänger, gegen 218 255 am 15. Juni. Die Arbeitslosigkeit in den Fachverbänden (Gewerkschaften) wies ebenso wie im Vormonat eine nicht unerhebliche Besserung auf. Von 40 berichtenden Verbänden wurden unter 5,8 Millionen Mitgliedern 235 566 oder 4,1 Proz. als arbeitslos gemeldet (im Vormonat 6,2 Proz.). Auch die Zahl der verkürzt Arbeitenden zeigte eine Besserung. In 36 berichtenden Verbänden arbeiten von 5,2 Millionen Mitgliedern 794 821 oder 15,3 Proz. verkürzt (im Vormonat 21,7 Proz.). Für die graphische Industrie ergab sich folgendes Bild:

Arbeitslosigkeit der graphischen Fachverbände in Deutschland

Monat	Verband d. Deutsch. Buchdrucker	Hilfsarbeiterverbände		Lithographen und Steinbrucker		Buchbinder		Gutenbergbund	Graphischer Zentralverband (christlich)		Gesamtheit aller deutschen Fachverbände	
		Proz.	M.	W.	Proz.	M.	W.		Proz.	M.	W.	Proz.
1922												
Jan.	1,3	1,2	0,6	0,9	3,3	1,5	0,9	0,8	0,1	0,0	3,8	1,7
Febr.	1,7	1,1	0,9	0,6	2,1	1,0	0,8	1,2	0,2	0,1	3,1	1,7
März	1,7	1,6	0,8	0,9	3,2	0,8	0,6	1,3	0,4	0,2	1,2	0,9
April	1,9	1,1	0,9	0,6	0,8	0,9	0,8	1,9	0,2	0,2	0,9	0,8
Mai	1,5	0,6	0,6	0,5	—	0,6	0,5	—	0,2	0,0	0,6	0,8
Juni	1,4	0,6	0,9	0,6	3,3	0,6	0,7	1,5	0,1	0,0	0,5	1,0
Juli	1,6	0,7	0,7	0,5	2,6	0,8	0,6	1,8	0,1	0,0	0,5	0,8
Aug.	2,0	0,5	0,9	0,7	4,5	0,8	0,8	2,2	0,1	0,1	0,5	1,1
Sept.	4,0	1,5	1,2	1,1	3,5	1,2	1,0	3,3	0,2	0,7	0,6	1,4
Okt.	5,8	1,7	1,5	3,0	4,0	1,4	1,9	4,5	0,6	0,1	1,1	2,4
Nov.	7,7	—	—	—	—	—	—	4,5	—	—	—	—
Dez.	8,0	1,8	—	3,2	—	2,7	—	3,6	—	—	2,0	—
		2,5	—	2,7	—	2,7	—	—	—	—	2,8	—
1923												
Jan.	8,4	2,6	—	3,5	—	4,5	—	3,9	—	—	4,4	—
Febr.	8,4	2,8	—	3,6	—	4,4	—	3,9	1,5	—	5,7	—
März	11,3	3,1	—	4,8	—	9,8	—	5,2	3,0	—	5,7	—
April	11,4	8,3	—	5,6	—	8,4	—	4,9	3,7	—	7,0	—
Mai	11,2	8,5	—	5,3	—	7,5	—	3,0	18,5	—	6,2	—
Juni	6,6	5,9	—	2,8	—	5,7	—	4,1	19,0	—	4,1	—

Die neuen Millionen-Reichsbanknoten. Drei neue hochwertigere Banknoten gelangen nach Mitteilung des Reichsbankdirektoriums jetzt in den Verkehr. Der Fünfmillionenschein paßt sich der Geldwertung nicht genug an, und so werden Noten über 10, 20 und 50 Millionen Mark erscheinen. Die Zehnmillions-Banknote ist auf weißem Papier gedruckt und 80 x 195 Millimeter groß. Das an der rechten Seite im Papier eingeformte, fortlaufende Wasserzeichen stellt Distelblätter in ornamentaler Verarbeitung dar. Die nächst höher bewertete Banknote ist gleichfalls auf weißem Papier gedruckt und 83 x 195 Millimeter groß. Das rechtsseitig im Papier eingeformte, fortlaufende Wasserzeichen stellt in ornamentaler Verarbeitung Eichenlaub mit Kreuzdorn dar. Die Wirkung dieses Wasserzeichens wird dadurch erhöht, daß der Papierstreifen violett gefärbt ist und orangefarbene und grüne Fasern enthält. Der Anfangsbuchstabe des Wortes „Zwanzig“ ist reich verziert. Die Rückseite ist unbedruckt. Die dritte, die 50-Millionen-Banknote, ist auf weißem Papier gedruckt und 86 x 195 Millimeter groß. Das rechtsseitig im Papier eingeformte, fortlaufende Wasserzeichen stellt in ornamentaler Verarbeitung Eichenlaub mit Kreuzdorn dar. Rechts und links von den Unterschriften befindet sich je ein schwarzer Stempel. An der linken Seite steht quer der Straßname, rechts auf dem Wasserzeichenstreifen die Reihenbezeichnung und Nummer in roter Farbe. Die Rückseite ist unbedruckt.

Neue Höchstätze der Erwerbslosenunterstützung. Mit Ermächtigung des Reichsrats wurden vom Reichsarbeitsminister die Sätze der Erwerbslosenfürsorge mit Geltung vom 8. August an erhöht. Danach beziehen täglich je nach der Ortsklasse: Männliche Personen über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines andern leben, bis zu 225 000, 210 000, 193 000, 180 000 M. Männliche Personen über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines andern leben, bis zu 185 000, 175 000, 165 000, 155 000 M. Männliche Personen unter 21 Jahren bis zu 135 000, 125 000, 115 000 und 105 000 M. Weibliche Personen über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines andern leben, beziehen täglich bis zu 185 000, 175 000, 165 000, 155 000 M. Weibliche Personen über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines andern leben, erhalten bis zu 150 000, 140 000, 130 000, 120 000 M. Weibliche Personen unter 21 Jahren täglich bis zu 105 000, 100 000, 95 000 und 90 000 M. Als Familienaufschlag wird täglich gezahlt bis zu 80 000, 75 000, 70 000 und 65 000, für die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige täglich bis zu 65 000, 60 000, 55 000 und 50 000 M. Für die Zukunft sollen die Unterstützungen vom Reichsarbeitsminister bis auf weiteres wöchentlich vom Mittwoch bis Dienstag nach der zuletzt veröffentlichten Indexziffer neu festgesetzt werden.

Schlüsselfestsetzung für soziale Unterstützungen. Bei einer Verhandlung des Reichstagsausschusses für Sozialpolitik über die Zulagen in der Sozialversicherung gelangte durch das Reichsarbeitsministerium ein Verordnungsentwurf über die weitere Erhöhung der Unterstützung für Rentenempfänger der Invaliden- und Angestelltenversicherung zur Vorlage. Grundsätzlich wurde beschlossen, für die sozialen Unterstützungen ein Schlüsselfestfahren einzuführen, das diese Bezüge der fortschreitenden Geldwertung automatisch anpassen soll.

Internationale geistige Zusammenarbeit. Dem „Vorwärts“ zufolge beschloß die Völkerbundskommission für geistige Zusammenarbeit, folgende Maßnahmen zur Einrichtung der internationalen Zusammenarbeit auf geistigem Gebiete zu empfehlen: Schaffung internationaler Kommissionen für geistige Zusammenarbeit, wie sie in den mittel- und osteuropäischen Ländern bestehen. Die Kommissionen sollen Delegierte bezeichnen, die mit der Völkerbundskommission die geeigneten Maß-

nahmen beraten. Der Völkerbund möge die Regierungen der Mitgliedsstaaten ersuchen, diese internationalen Kommissionen moralisch und materiell zu unterstützen. Die Kommission bittet den Völkerbundsrat, sie zu ermächtigen, von allen beteiligten Institutionen und Privatpersonen Geldmittel entgegenzunehmen, die den internationalen Kommissionen zur Verfügung gestellt werden sollen. Die gleiche Kommission beschloß weiter, dem Völkerbundsrat und der Völkerbundsversammlung den Entwurf einer Konvention zum Schutze des wissenschaftlichen Eigentums zu unterbreiten. Die Kommission fordert von den Regierungen die Schaffung eines Urheberrechts für wissenschaftliche Entdeckungen ähnlich dem Urheberrecht für Werke der Literatur und Kunst.

Verschiedene Eingänge

„Schweizer Graphische Mitteilungen“. Monatszeitschrift für das graphische Kunstgewerbe. 41. Jahrgang, Heft 7. Redakteur und Herausgeber August Müller in St. Gallen (Schweiz). Preis halbjährlich 6,75 Fr., bei Zustellung unter Kuvert 7,75 Fr.

Briefkasten

H. G. in A.: Wir bedauern, daß Sie sich zu uns bemüht haben. Ferienfragen sind auch Tarifangelegenheiten. In solchen aber kann die Redaktion keine Auskunft erteilen. Früher gemachte Erfahrungen zwingen uns, hier nur die Organisationsvorstände bzw. den Gewerkschaftsvertreter entscheiden zu lassen. Es wäre sehr zweckmäßig, wenn dies endlich allgemein beachtet werden würde. — D. R. in A.: Ja, es wird darüber etwas entschieden. Die enormen Papierpreise zwingen aber zur Einlegung von vierseitigen Nummern, und dann geht es eben nicht so schnell. — R. R. in G. B. A.: Diese Frage kann von uns nicht beantwortet werden, denn hierfür ist der Gausvorstand in Chemnitz zuständig. — J. J. in W. 10 000 M. — B. S. in A.: Wiederum besten Dank! Soll das mit diesen schweren Stöbeposten denn so weitergehen? Nun auch noch unser lieber Bardel! — H. S. in A.: Wir sind jetzt mehr als je keengt mit dem Raume. Ihr Artikel müßte vorderhand also liegen bleiben und deshalb Umarbeitung erfahren. Können Sie vielleicht am 23. August einmal auf die Redaktion kommen? — S. R. in A.: Machen Aufnahme abhängig von dem zur Verfügung stehenden Raum, womit es allerdings unglücklich ausfällt. Das nette Ansprechen macht ja schon die Zusage nicht schwer. — In mehrere: Für Informationen vom „Kriegsschauplatz“ besten Dank. — P. R. in A.: Empfehlen Ihnen, Ihre Ansprache beim ordentlichen Gericht geltend zu machen auf Grund der Verordnung vom 29. 4. 23. — M. D. in A.: Unseres Wissens kommt eine Besichtigung von Verbandsseite vorläufig nicht mehr in Frage.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 20, Chamissoplatz 5 II. Fernruf: Amt Kurfürst Nr. 1101 Postfachkonto: Berlin Nr. 102367 (B. Schweinitz)

Gau Dillkreuzen. Das Personal der „Allenstein Volksblatt-Druckerei“ in Allenstein ist wegen tariflicher Differenzen in den Streitigkeiten. Zugang ist ferngehalten! — Ferner teilen wir mit, daß der Gaubeitrag in der Woche vom 19. bis 25. August 135 000 M. (50 Proz. des vollen Verbandsbeitrags) beträgt. — Die Gauunterstützungssätze lauten ab 19. August: Arbeitslose pro Tag 10 000 M., Kranke 5 000 M. pro Tag, Kurzarbeiter (Zusatz zur Verbandskurzarbeiterunterstützung) 7 000 M. pro Tag, Kurzarbeiter, die über 38 bis 42 Stunden die Woche arbeiten, jede zweite Woche Nachvergütung von 15 000 M. **Gau Thüringen.** Unsern Mitgliedern und Funktionären zur Kenntnis, daß der Gaubeitrag ab 19. August pro Woche 25 000 M. beträgt. **Einlösung.** Die Funktionäre werden darauf aufmerksam gemacht, daß der Seher Walter Obermann (Hauptbuchnummer 58162) nach erfolgtem Schwuldenantritt am Ort ohne sein Verbandsbuch abgereist ist. Die Funktionäre seien vor dem Schwulden gewarnt.

Adressenveränderung

Bangensloka. Vorstehender: Heinrich Rebene, Lange Brüdergasse 47 a. **Horsheim.** Vertrauensmann: Math. Clemens, Luisenstraße 10. **Heft Waldburg i. Schl.** Den Ortskassieren zur gefl. Kenntnis, daß von jetzt ab Zahlungen unter: Robert Bödler, Waldburg i. Schl., Neue Straße 1 II, Postfachamt Waldburg, Nr. 78030, zu leisten sind.

Arbeitslosenunterstützung

Hauptverwaltung. Bericht vom Monat Juni 1923. **Auf der Reise:** 343 Mitglieder. **Ortsunterstützung** erhielten: 7269 Mitglieder. **An Arbeitslosentagen,** für die Unterstützung gezahlt wurde, sind gezählt worden:

Beschäftigungsart:	in der Reiseunterstützung		in der Ortsunterstützung		Unterstützungstage insgesamt
	Mitgl.	Tage	Mitgl.	Tage	
Seher	209	4000	4344	69 227	73 227
Maschinensetzer	1	8	89	855	853
Drucker	122	2650	2535	36 595	39 245
Stereotypsetzer	5	132	125	1 759	1 882
Galvanoplastiker	2	31	57	747	773
Korrektoren	—	—	30	548	548
Faktoren	—	—	8	133	133
Schriftsetzer	1	3	70	948	951
Stempelschneider	—	—	2	28	28
	340	6824	7269	110 831	117 655

Arbeitslos verblieben am 30. Juni 1923: 5382 Mitglieder. **An Unterstützungen** wurden gezahlt: **Reiseunterstützung:** an 340 Mitglieder für 6824 Tage 8155940 Mark **Ortsunterstützung:** an 7269 Mitglieder für 110 831 Tage 126337530 Mark **Insgesamt** wurden im Monat Juni gezahlt: 1923: 134 513 470 Mark für 117 655 Tage 1922: 223 759 Mark für 37 636 Tage mehr 1923: 134 289 711 Mark für 1 009 19 Tage **Gesamtausgabe** im zweiten Quartal (April bis Juni): 1923: 3 264 500 Mark für 2 5 085 Tage 1922: 4 437 1 Mark für 10 478 Tage mehr 1923: 37 618 121 Mark für 2 527 Tage (ohne die mit der Quartalsabrechnung eventuell noch eingehenden Nachträge).

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigefügte Adresse):

Im Gau Erzgebirge-Regenland der Seher Karl Heuffle, geb. in Werdingen 1900, ausgl. 1917 da., war schon Mitglied. — E. Derelt, Chemnitz, Westaloystraße 7 I.

Versammlungskalender

Brandenburg. Versammlung heute Mittwoch, den 22. August, abends 7 Uhr, im „Volkshaus“.

Anzeigengebühr: Die sechsgespaltene Zeile 1000 Mark für Vereins-, Arbeitsmarkts-, Fortbildungs- und Todesanzeigen, sonstige Anzeigen 5000 Mark. Rabatt wird nicht gewährt.

Anzeigen

Annahmeschluss: Montag und Donnerstag mit erster Postbestellung für die jeweils nächstfolgende Nummer. Kleinere Einzelanzeigen nur mittels Postsendung.

Inseratenaufträge die vom 25. August an eingekandt werden, sind nach dem 1. September geltenden Gebühren zu berechnen: 3000 M. für Vereins-, Arbeitsmarkts-, Fortbildungs- und Todesanzeigen die sechsgespaltene Monoparallelschleife; 12000 M. für alle Anzeigen geschäftlicher Natur. Für kleine Anzeigen ist der richtig zu berechnende Preis immer mit einzufenden.

Einzelne Exemplare werden vom 1. September an mit 2500 M. das Stück berechnet ohne die Gebühr für Zusendung im neuen Betrage von 4000 M. Bei Bestellungen ist derselbe gleich mit einzufenden.

Genaueste Beachtung der Postvorschriften ab 24. August sicherer vor Nichtannahme unzureichend frankierter Zuschriften.

Geschäftsstelle des „Korrespondent“ in Leipzig, Königstraße 7

Unterrichtsbrieft für Niederländisch

(Methode Toussaint-Langenscheidt)

zu kaufen gesucht.

Gef. Offerten mit Preisangabe an O. Augustin, Maschinenseher, Bielefeld, Weststraße 9, erbeten.

Maschinenseher

für U-B-Typograph, besonders für hebräischen Satz, möglichst sofort gesucht.

Druckerei Hermon A.-G., Frankfurt a. M.

Graphiker

22 Jahre alt, gegenwärtig Mitarbeiter einer Großbuchdruckerei der Provinz, Absolvent der Leipziger Akademie für graphische Künste und Buchgewerbe, praktischer Buchdruckfachmann, tüchtige Kraft im freien wie angewandten Entwurf, sucht in anderen Wirkungskreis; auch Ausl. Primazeugn. Offerten unter Nr. 209 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Buchdruckfachmann

mit Kizibden, Werk, Katalog, Zeltung und Stereotypie vertraut, im Schmaschineweisen vollkommen erfahren, mit Lehrberechtigung, sucht sich in Stellung zur Unterstützung des Chefs oder Betriebsleiters zu verändern. Unter Kalkulation und Disponent mit modernsten betriebsorganisatorischen Erfahrungen, Alter 25 Jahre. Betrieb, wo Gelegenheit geboten ist, den Offsetdruck kennen zu lernen, bevorzugt, jedoch nicht Bedingung. Offerten erbeten unter Nr. 311 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7.

Zum 1. Oktober d. J. sucht junger Schriftsetzer mit guter Allgemeinbildung, der die Offsetdruckerei mit sehr gutem Bekanntheit hat, gepulverten Stereograph (200 Silben) und Maschinensetzer ist, Stellung, wo er sich zum

Pressternographen und Lokalberrichterstatter ausbilden kann.

Gef. Offerten unter Nr. 316 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Wo wird 20-jährigem, intelligentem Seher Gelegenheit geboten, sich an der

Schmaschine auszubilden?

Werte Angebote unter Nr. 313 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Linotypeseher

1/2 Jahre Praxis, guter Maschinenkenner u. -pfleger, vert. m. Gao-u. elektr. Holz-, hörr. Seher(a. f. franz. Satz), f. Stell. Gao-u. Offerten unter E. K. 293 a. d. Geschäftsstelle, Leipzig, Königstr. 7.

Nach Mittel- oder Süddeutschland

sucht sich junger, lediger, arbeitsfreudiger Linotypeseher für dauernd zu verändern, der in seiner sechsjährigen Praxis an alten und neuen Modellen sich gute Allgemeinkenntnisse und -bildung erworben und welche Erfahrungen gesammelt hat. Werte Offerten unter Nr. 297 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Buchdruckfachmann gelernt. Maschinenseher, bish. Verichterstatter, firm i. Ein- u. Verkauf sowie Kalkulation u. Korrespondenz, sucht passende Stellung. Auch als Stenotypist, da kaum männlich gebildet. Angebote unter B. W. 294 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Russischer Seher sucht Stellung. Bevorzugt wo ihm Gelegenheit geboten wird, sich an der Schmaschine auszubilden. Auch Ausland. Gef. Angebote unter G. 298 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Erster Stempelseher tüchtige, zuverlässige Kraft, sucht möglichst in Leipzig oder Vorort Dauerstellung. Angeb. erbeten unter Nr. 305 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7.

Revidentseher

Tüchtiger Musiknotenseher 29 Jahre, ledig, sucht Stellung, auch als Kizibden- oder Inseratenseher. Gef. Angebote unter Nr. 318 an die Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Monolinseher sucht sofort Stellung. P. Gaenly, Kiel (Holstein), Holtzauer Straße 162.

Drucker! 35 J. (led.), spe. im Illustrationsdruck an Zweifelhensmaschine mit Universal-Dr. Rotary firm, sucht sof. dauernde Stellung. Offerte erbeten an M. Berthold, Leipzig, Range Str. 18, Hinterh. I, d. G.

Schweizerdegen

23 Jahre alt, bisherige Stellung als Metzker einer Zeitungsdruckerei, firm im Kizibden-, Werk- und Einzelgeschäft, sucht Stellung, eventuell in der Provinz Hannover oder Helsen-Nassau (jedoch nicht Beding.). Selbiger ist befähigt, hessend an der Schnellpr. einzugreifen. Off. unter Nr. 270 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Die Bezugserneuerung auf den „Korrespondent“ für den Monat September muß sofort bei der Post bewirkt werden. Beim letztmaligen Monatswechsel sind derartige Verspätungen vorgekommen, daß die Postanstalten vielfach die neuen Bestellungen nicht rechtzeitig nach Leipzig einsenden konnten. Der Bezugspreis für September ist 20000 M. ohne Bestellgebühr; für Verbandsmitglieder beträgt die Rückvergütung 10000 M.

Junger, flotter Typographseher (A, B, U-B), guter Maschinenkenner und -pfleger, sechsjährige Praxis, sucht sich jetzt oder später zu verändern. Auch im Werktag erfahren. Gef. Angeb. unter „Typograph“ hauptpostlag. Bremen.

Flotter Typographseher guter Maschinenkenner und -pfleger, dreijährige Praxis, davon ein Jahr als Alleiniger, alle Modelle, sucht sofort Stellung. Offerten erbeten an E. Wefse, Dortmund, Kaiserstraße 7 I.

Wirtlich tüchtiger Monotypeseher Modell D, sucht sich in angenehme Dauerstellung zu verändern. Ganz gleich wohin, auch Ausland. Gef. Angebote unter Nr. 312 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Suche für sofort oder bis 18. September Stellung als Obermaschinenmeister vertraut mit allen vorkommenden Druckarbeiten, zuverlässiger und gewissenh. Maschinenkenner, an rationelles Arbeiten gewöhnt. Bewerber wünscht Anstell. in Süddeutschl., womögl. in oder um München. Zeugn. u. Druckmuster zur Einsicht. Off. unter H. 310 an die Geschäftsst., Leipzig, Königstr. 7, erbeten.

Maschinenmeister 25 Jahre alt, ledig, mit Tiegel, Schnellpresse, Doppelmach. Universalapparat und Schneidemaschine bestens vertraut, sucht Stellung. Selbiger hat gute Erfahrungen in- und außerhalb des Reichs, Werk-, Platten-, Auto- u. Zeltungsdruck und ist im Farbemischen und Abstimmen derselben vollkommen selbständig. Gute Zeugnisse stehen zur Verfügung. Gef. Angebote an K. Brauweller, Al. Pampau bei Böhren.

Schweizerdegen 25 Jahre alt, Meister, gleich tüchtig in Satz und Druck, mit allen zeitungsstech. Arbeiten wie Korrekturlesen, Umbruch, Versand durchaus erfahren, sucht sich in Vertrauensstellung zu verändern. Sogender ist augenblicklich als Geschäftsführer in einer Kizibden-druckerei in Berlin angestellt und mit der Druckschaffkalkulation gründlich vertraut und gewöhnt, überall tüchtig mit zuzugreifen. Firmen in den Provinzen Westfalen, Hannover und Rheinland, die angenehme Dauerstellung bieten, wollen Angebote senden unter Nr. 295 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7.

Rund- und Flachstereotypseher ledig, mit modernen Gießmaschinen vertraut, sucht sofort oder später Stellung. Angebote an J. Staubitz, Bremen, Kastningstraße 3.

Langjähriger Vorstand einer bedeutenden österreichischen Hauschriftgießerei, Stereotypie und Galvanoplastik wünscht per 1. Oktober oder früher in Großdruckerei gleichartige Stellung. Derselbe ist gelernter Schriftsetzer, guter Komplettmaschinenkenner, und hat reichliche Erfahrungen in der Erzeugung der verschiedenen galvanischen Hoch-, Tief- und Runddruckplatten sowie Autotyp-Stereos. Gef. Zuschriften vermittelt [270] A. Mathesl, Wien III, Paulusgasse 8 II/18.

Wo findet junger Maschinenmeister Stelle, wo ihm Gelegenheit geboten wird, sich an der Rotation auszubilden? Gef. Offerten unter Nr. 309 an die Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Schriftgießer erste Kraft, perfekt an Fouche, Komplettschnellgießmaschine Linerlank und Kisternmanns-Handmaschine sowie Monotypgießmaschine sucht Stellung im Ausland. Gao-wohl! Gef. Offerten erbeten unter Nr. 271 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7.

Zeilenaufragwalzen Bildungsverb. der Deutsch. Buchdr. Leipzig, Salomonstraße 8.

Warnung! Der Schriftsetzer Ewald Holz, geb. 9. Januar 1877 in Berlin, Hauptbuchnummer 31349, hat die ihm anvertraute Uhr vom Verkehre wirt in Leipzig nicht abgegeben, sondern (mit derselben abgereift. Holz wird aufgefördert, die Uhr zurückzuf. sowie sein. Verpflicht. nachzuk. W. Kure, Leipzig, 291] Friedrichstraße 9.

Pledertafel „Gutenberg“ von 1877 Hamburg-Altona Der wöchentlichen Beitrag vom 27. August 1923 ab (25.-30. Woche) beträgt: 5 Proz. des reinen Verbandsbeitrags = 35000 M. Der neue Beitrag wird erstmalig am 26. August für die Woche 35 erhoben.

Handbuch der Reklame von J. Wolge, „Die Reklame“ (Zeitschr. d. W. D. A.), für neuzeitliche Druckausstattung unentbehrlich, liefert K. Buegl, München 9, Kolumbusstr. 1. Preisangelegenheiten: Rückporto.

Bandwurm mit Kopf u. andere Würmer entfernt ohne Hungerkur! Beslangen Sie Muskunst gegen 6000 M. in Kassenschein. Wurm-Rose, Hamburg 11, A. 121.

Kunsthilfsmittel + Tüchlein Verl. d. Bild.-Verb. d. Dtsch. Buchdr., Leipzig, Salomonstraße 8 III.

Am 11. August verschied unser lieber Kollege, der Drucker Otto Wackwitz an Blutvergiftung im Alter von 64 Jahren. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten! Ortsverein Meissen.

Am 10. August verschied an den Folgen eines sich im Felde zugezogenen Lungenleidens der Seher [301]

Ernst Kothan aus Königsberg i. Pr., im Alter von 37 Jahren. Ein ehrenvolles Andenken bewahrt ihm O.-V. Wiesbaden.

Gebr. Postpresse i. Nr. 20-38 mm, schwere Masch. (wie „Mateur“), seitliche Zugstange, 4 Auftragswalzen, ohne Farbwerk, zeigen annehmbar. Webot abzugeb. Off. unter 300 an d. Geschäftsst. dieses Blatt., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Stielal. Holz, Linoleum Linoleum zum Schneiden Gaultilfbrife, vierfarbig, Verlag des bildungsverb. d. Deutsch. Buchdr., Leipzig, Salomonstraße, 8 III.